

## 10. Fazit I: „Eine wird gewinnen – und alle profitieren“? – Ein Kulturhauptstadt-Ideologem kritisch betrachtet

Von prominenten Kulturhauptstadt-Berater:innen sowie seitens der Kulturstiftung der Länder wurde immer wieder die Notwendigkeit betont, dass alle Wettbewerbsstädte einen *Plan B* haben sollten: Ein Konzept für denjenigen Fall, der statistisch der deutlich wahrscheinlichere war, aber aus motivationspsychologischen Gründen von den Bewerbungsteams weitgehend ausgeblendet werden musste: dass die eigene Stadt den Wettbewerb nicht gewinnt und nicht zur Kulturhauptstadt ernannt wird. Kerngedanke des jeweiligen Plan B sollte sein, etwas vereinfacht gesprochen, dass die Städte im Falle eines Scheiterns der eigenen Bewerbung ihre kulturpolitischen Ambitionen nicht einfach begraben, sondern im Rahmen des finanziell Möglichen an zentralen, längerfristigen stadtbezogenen und kulturellen Vorhaben festhalten. Verdichtet aufgegriffen wurde das entsprechende Ideologem mit dem Titel der Denk- und Dialogwerkstatt „Eine wird gewinnen – und alle profitieren“, welche das Institut für Kulturpolitik der Universität Hildesheim 2018 für die Bewerberstädte in Berlin organisiert hatte. War dieses Ideologem retrospektiv angemessen?

Unmittelbar nach den Jury-Entscheidungen zu beiden Auswahlrunden war zentralen Protagonist:innen der unterlegenen Städte die große Enttäuschung anzumerken. Einige konnten oder wollten ihre Tränen nicht unterdrücken, etwa nach der Bekanntgabe der Vorauswahl 2019 in Berlin: sehr verständliche Reaktionen angesichts des persönlichen Aufwands, den zentrale Stakeholder in den Bewerbungsprozess stecken mussten. Hier zeigen sich die Schattenseiten einer Wettbewerbssituation, in welcher zahlreiche Personen über Monate für ihre Stadt an ihre persönlichen Grenzen gegangen waren – nicht unähnlich zu Wettkämpfen im Sport oder Wettbewerben im Wissenschaftssystem.

Ein prominenter Akteur aus einer Bewerberstadt beschrieb die Situation im retrospektiven Interview mit den Forschenden Ende 2021 folgendermaßen:

„Natürlich hat der Lockdown [infolge der Corona-Pandemie] die Kultur an einer ganz anderen Stelle getroffen, aber ich glaube in [*Name der Stadt*] versteckt man sich ein bisschen dahinter, dass der Lockdown die Kultur getroffen hat – und vieles von dem, was als Plan B oder auch ohne Kulturhauptstadt-Bewerbung

möglich schien, ist eigentlich wieder eingeschlafen. Also es ist immer noch so ein bisschen das kollektive Beleidigt-Sein oder das kollektive Traurig-Sein oder Sich-Zurückgewiesen-Fühlen von der Jury, was so ein bisschen wie Mehltau über der Kulturpolitik liegt.“<sup>39</sup>

Auch aus der Presseberichterstattung in den unterlegenen Städten war vielfach eine Ernüchterung herauslesbar, verbunden mit Fragen, warum die eigene Bewerbung scheiterte oder ob Chemnitz tatsächlich verdient gewonnen hätte. Was ist aber insgesamt aus den angestoßenen Prozessen in den unterlegenen Städten geworden? Retrospektiv lassen sich mittlerweile (Sommer 2024) erste Einschätzungen geben. Nach einer gewissen Zeit setzte zumindest in einigen Städten und auch in unterschiedlichem Maße die Bereitschaft ein, unter den abgewandelten Vorzeichen einige der Leitthemen der eigenen Bewerbung weiter zu verfolgen. In **Nürnberg** betrifft dies den Umgang mit dem ehemaligen NS-Reichsparteitagsgelände (im Jargon der *Heritage Studies*: einem „schwierigen Erbe“), welcher sich sukzessive zu einem Schwerpunkt der Nürnberger Bewerbung entwickelt hatte. Im zweiten Bewerbungsbuch hieß es etwa zur **NS-Kongresshalle**, dieses „monstrous building becomes a birthplace for contemporary art“ (Stadt Nürnberg 2020: 22). Nach dem Scheitern der Bewerbung wurden die Pläne einer „kulturellen Nachnutzung“ (Stadt Nürnberg 2024: 1) des Geländes weiterentwickelt und 2024 seitens des Stadtrats u. a. entschieden, Teile des Torsos der Kongresshalle sowie einen eigens errichteten „Ergänzungsbau“ (a. a. O.: 2) durch das Staatstheater Nürnberg bespielen zu lassen. Während die regionalen Zeitungen *Nürnberger Nachrichten* und *Nürnberger Zeitung* in Berichterstattung und Kommentaren das Projekt, zunächst als Interim zur Überbrückung der mehrjährigen Sanierung des Opernhauses präsentiert, wiederholt stützten (cf. Metzger 2022: 4), positionierte sich z. B. der regionale Verein *Geschichte für Alle* gegen eine solche kulturelle Nutzung. Die Freifläche innerhalb des unvollendeten Gebäudes, zumeist als „Innenhof“ bezeichnet, sei „Lernort und Denkmal“, eine historische „Quelle“ und solle deshalb unbebaut bleiben: Die Kongresshalle dokumentiere „in ihrer Form, Dimension und

---

<sup>39</sup> Das Zitat wurde geringfügig redigiert, auch zur Anonymisierung der interviewten Person.

Authentizität den Weltmachtsanspruch der Reichsparteitagsarchitektur und das Scheitern des gigantischen Bauprojekts“ (Metzger 2022: 4).

Eine kulturelle Inwertsetzung kann als nachträgliche Rechtfertigung der NS-Bauten erfahren werden. Obwohl sich seitens der Stadt Nürnberg bisher durchgängig zur besonderen politischen Verantwortung bekannt wurde, stellt sich die Frage, ob Kulturgenuß in einem zentralen Zeugnis nationalsozialistischer Herrschaftsarchitektur angemessen ist. Was bedeutet es z. B., wenn demnächst die Kongresshalle in Internetforen wohlmöglich als tolle Event-Location angepriesen wird? Ebenso muss darüber nachgedacht werden, welchen Anteil die nationale und internationale Aufmerksamkeit an der unter Zeitdruck, wenig partizipativ getroffenen Entscheidung für das Prestigeprojekt hatte. Die Idee, die Stein gewordene NS-Ideologie mit Kunst zu bearbeiten, mit kultureller Praxis gegen die Architektur und ihre eingeschriebene Symbolik anzugehen, halten die Autoren für nicht zwangsläufig evident.

Der Fall Nürnberg zeigt, dass die Weiterverfolgung von Inhalten der Bewerbung nicht unkritisch zu begrüßen ist. – Insgesamt lässt sich feststellen, dass sich bezüglich der mittelfristigen stadtgesellschaftlichen Auswirkung einer nicht siegreichen Kulturhauptstadt-Bewerbung mehrere Effekte überlagern können:

- eine verstärkte *kulturpolitische Kompetenz* bei zahlreichen Akteur:innen; ferner kulturelle *Veranstaltungen* aus dem Bewerbungsprozess, welche im Gedächtnis bleiben; Erinnerungen, an das, was stadt- und kulturpolitisch möglich sein kann
- eine verstärkte *Vernetzung* zwischen stadt- und kulturpolitischen Akteur:innen in der Stadt und der Region
- eine ausgearbeitete *langfristige Kulturstrategie* für die Stadt, die im Rahmen der Bewerbung verpflichtend erarbeitet werden musste
- *Ernüchterung*, Enttäuschung und Ermattung, auch noch geraume Zeit, nach dem verlorenen Wettbewerb.